

mer wieder in politische Debatten ein und verfochten Standpunkte, die den Interessen der Wirtschaft direkt zuwi-

Auch aus den keinen der freisinnigen verteidigte diesmal niemand den Antrag auf Teilabschaffung der Kirchensteuern

auf keinen Fall für Kultuszwecke verwendet werden dürften, verankert werden solle; das Gesetz soll möglichst

chen leisten.

Mit 106 zu 56 Stimmen wurde der Vorstoss bachab geschickt.

gig machte, könne nicht zufrieden stimmen, urteile gestern der Interpellant Claudio Schmid (SVP, Bülach). Einen Schritt weiter ging Esther Guyer (Grüne, Zürich): «Pereira hat den Staat erpresst.» Hans-Peter Portmann (FDP, Kilchberg) hingegen fand es falsch, Peireiras Vorgehen als «erpresserisch» zu brandmarken: «Mir ist es lieber, wenn ein Chef klar sagt, wie es weitergehen muss.» Auch Markus Notter mochte den Vorwurf nicht gelten lassen: Die Subventionen befänden sich genau auf dem richtigen Niveau, denn das Opernhaus mit seinem kleinen Einzugsgebiet sei eine «labile Angelegenheit».

Häftlings-Löhne Kantonsrat unterstützt Postulat von SVP und FDP

Die Kaufkraft soll das Mass sein

Ausländische Häftlinge sollen für ihre Arbeit im Gefängnis nur nach der Kaufkraft ihres Herkunftslandes entlohnt werden.

Sträflinge den gleichen Lohn für gleiche Arbeit verdient. Das Postulat sei diskriminierend, sagte sie, wobei sie später in einem zweiten, streckenweise etwas gar «tränenrüsigen» Votum nachdoppelte und von einem kleinlichen und rassistischen Vorstoss sprach.

Belohnung statt Bestrafung?

Vogel widersprach: Es gehe nicht um die Schlechterstellung von Ausländern, sondern gegen deren Privilegierung. Für Schweizer Straffällige reiche das Pekulium auch nicht, um nach der Strafverbüsung eine neue Existenz aufzubauen. Das Postulat wende sich somit gegen die Gefahr eines Anreizsystems. Wenn kriminelles Handeln nicht bestraft werde, sondern belohnt, sei das Pekulium ein Anreiz für Kriminaltouristen, sagte Vogel und verwies auf die «missliche Lage» in vielen Ländern Afrikas und in den «Ostblock-Staaten». Deshalb müsse die Auszahlung auf die Kaufkraft im Heimatland des Straftäters angepasst werden. (Dass es seit 1989 gar keine «Ostblock-Staaten» mehr gibt, scheint Herr Vogel noch nicht bemerkt zu haben...)

Auch für Lucius Dürr (CVP, Zürich) bezweckte das Postulat nicht Diskriminierung, sondern Gleichstellung, weil das Pekulium ausserhalb Europas gut einen Jahreslohn übersteigen könne: «Das ist eine Starthilfe, die keinen Sinn macht.» Mit dieser Aussage gar nicht einverstanden war Katharina Prelicz (Grüne, Zürich). Die Beträge der Häftlinge bei ihrer Entlassung seien in der Regel klein: «Tausende von Franken hat nur, wer jahrelang sitzt und nichts kon-

sumiert.» Es sei eine Frechheit, von einem Anreizsystem zu sprechen, angebracht wäre es ihr zufolge von einer «gut investierten Entwicklungshilfe» zu sprechen: Die Rückkehrer müssten ihre Existenz oft in verarmten und von Kriegen zerrütteten Ländern aufbauen.

Bei Kinderzulagen bereits üblich

Seitens der SP fasste Bernhard Egg (Elgg) nach: Es sei fast nicht möglich, in der Haft grosse Beträge anzuhäufen, weil das meiste Geld für Telefonieren oder zum Kauf von Zigaretten und Süsigkeiten gebraucht werde. Zudem sei es in Ländern wie Somalia oder Nigeria schwierig, überhaupt so etwas wie «Kaufkraft» zu messen. Ausserdem stamme ein Sechstel der Insassen in der Strafanstalt Pöschwies aus Serbien-Montenegro, wo die Kaufkraft nicht gar so verschieden sei von derjenigen in der Schweiz. Yves de Mestral (SP, Zürich) spöttelte zunächst, ob denn die Swisscom-Tarife auch der Kaufkraft angepasst würden, weil doch ein Namibier fürs Telefonieren viel mehr zahlen müsse. Dann warnte er, der Unfrieden in den Gefängnissen würde zunehmen, wenn man das Entgelt kürze.

Für Thomas Ziegler (EVP, Elgg) entspräche die Kaufkraftanpassung des Pekuliums der Praxis bei der Auszahlung von Kinderzulagen für Kinder im Ausland. Hans Heinrich Raths (SVP, Pfäffikon) stiess sich daran, dass aus Tätern Opfer gemacht würden und dass eine Starthilfe für Täter nicht das Ziel sein könne. Das Postulat wurde zuletzt mit 93 zu 62 Stimmen an den Regierungsrat überwiesen. (fme/abr)



Nicht in jedem Fall konnte Justizdirektor Markus Notter (SP) gestern die Kritik der SVP-Fraktion fassen. (David Boer)

Vorsorge

Sicherheit für ehrenamtliche Behörden

Der Rat hat gestern eine Motion von SP und CVP zur freiwilligen Versicherung der beruflichen Vorsorge von Milizbehörden mit 99 zu 52 Stimmen gebilligt. Weil Entschädigungen für Behörden nicht versichert werden, sei für ehrenamtliche Behörden eine eigene Versicherungsmöglichkeit zu schaffen, fand die SP, wenn nötig per kantonalem Gesetz. Das brauche es nicht, entgegnete die SVP, die Gemeinden müssten selber Lösungen finden. Beat Walti (FDP, Erlenbach) mahnte, ohne Vorsorge könnten sich nur Verwaltungsangestellte und professionelle Interessenvertreter eine Behördentätigkeit leisten, denn die Alt-ruisten würden immer seltener. (fme)

Unterhaltsabzüge

Wohneigentum. Der Kantonsrat hat am Montag eine parlamentarische Initiative von SP und Grünen mit dem Minimum von 60 Stimmen vorläufig unterstützt. Gemäss Initiative sollen die steuerlichen Pauschalabzüge bei selbst genutztem Wohneigentum um 500 Franken reduziert werden. Während dies für Elisabeth Derisiotis (SP, Zollikon) bestehende Ungerechtigkeiten abbaut, weil Mieterinnen ihre Unterhaltskosten auch nicht von den Steuern abziehen könnten, erkannten die Vertreter des Hauseigentümergebietes, Hans Egloff (SVP, Aesch) und Robert Marty (FDP, Affoltern a. A.) in diesem Vorschlag einen Widerspruch zum Bundesrecht und zum Verfassungsauftrag der Wohneigentumsförderung.

Lücken im Jugendstrafrecht

Straftäter. Martin Arnold (SVP, Oberrieden) bemängelte am Montag, dass es wegen Informationslücken zwischen den Kantonen im Jugendstrafrecht nicht möglich sei, sich bei Einbürgerungsgesuchen von Jugendlichen, über allenfalls laufende Strafverfahren in anderen Kantonen zu informieren. Der Kanton habe diese Lücke geschlossen, erwiderte Justizdirektor Markus Notter, und ein unbescholtener Leumund sei weiterhin eine Voraussetzung zur Erlangung des Bürgerrechts. (fme)